

**II- 3827 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 2008/J

1988 -04- 2 1

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten DR. HAIDER, DR. GUGERBAUER
an den Bundeskanzler
betreffend Entscheidungsschwäche des Bundeskanzlers

Mit viel Enthusiasmus und mit vielen Versprechungen für die Zukunft Österreichs ist die große Koalition als Sanierungspartnerschaft angetreten. Vieles hat der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung angekündigt wenig bzw. fast nichts hat die Regierung bisher davon zustandegebracht. "Die neue Partnerschaft, die sachbezogen arbeiten" (Regierungserklärung) wollte und sich "vor allem an der täglichen Regierungsarbeit messen" (Regierungserklärung) lassen wollte ist gekennzeichnet von Entscheidungsschwäche und Streit und Hader. Die Zerstrittenheit der Koalitionspartner spiegelt sich nun schon beinahe täglich in den Schlagzeilen der Tageszeitungen und in den Presseaussendungen der Parteisekretariate:

"Sinowatz: ÖVP soll Belastung der großen Koalition aus politischem Kalkül beenden" (SK vom 3.3.1988)

"Traxler: Paktfähigkeit der ÖVP in vielen Bereichen nicht gegeben" (SK 25.3.1988)

"SPÖ-Keller wirft ÖVP-Klubchef 'blanken Unsinn' vor - Koalitionskrach wegen der Frage von Waffenexporten" (VN 31.3.1988)

"SP-VP-Ehekrach um die Familie" (Kurier 2.4.1988)

"Dallinger: VP fehlt Verhandlungstreue" (Kurier 29.3.1988)

"Koalitionspartner streiten um die 'Stahlstiftung'" (Presse 25.3.1988)

"Dohnal fordert Lichal-Rücktritt" (Presse 19.3.1988)

"Streicher-Kritik an Graf-Plänen-Verkehrskonzept: Der Streit um Milliarden" (Kurier 16.3.1988)

"Blecha wirft ... der VP Oppositionsstil vor" (Kurier 16.4.1988)

"Ärger über 'Reformunlust' in der SP-VP wartet auf Machtwort Vranitzkys...
...Kukacka ließ auch wissen, wen sich der neue SP-Chef vorknöpfen müßte: Klubobmann Heinz Fischer, der in der Europapolitik als 'Bremser' auftrate; Staatssekretärin Johanna Dohnal, die vereinbarte Vorhaben im Familienbereich 'blockiert' und Sozialminister Alfred Dallinger." (Presse vom 15.4.1988) usw., usw.

- 2 -

Viele brennende Probleme in Österreich harren einer baldigen Lösung, sodaß es besser wäre, die große Koalition würde sich weniger auf interne Streitigkeiten konzentrieren. Von Bundeskanzler Vranitzky wird in vielen Bereichen nicht nur von der ÖVP ein Machtwort erwartet. Der Beispiele gibt es genug:

EG

Besonders schlimm für Österreich ist zum Beispiel die Uneinigkeit der Koalitionspartner in der EG-Frage, insbesondere wenn der Bundeskanzler mit sich selbst noch nicht darüber im klaren ist:

"Vranitzky beim Parteitag der Salzburger SPÖ - Keine Alternative zu EG-Beitritt" (SN 18.1.1988)

"... Gleichermaßen sinnlos sei es indessen, heute Zeit und Energie für eine Debatte über einen allfälligen Vollbeitritt zu verschwenden ..." (NZZ 5.2.1988)

Der ÖVP ergeht es nicht besser:

"Mock: ÖVP-Ziel ist Antrag auf volle EG-Mitgliedschaft" (Kurier 18.1.1988)

"Österreich will mit seinem EG-Beitrittsansuchen noch abwarten und beobachten, wie sich der EG-Binnenmarkt bewegt. Dies erklärte Wirtschaftsminister Graf ..." (SN 28.1.1988)

"Graf in Bonn: Bin kein Verzögerer des EG-Beitritts" (Presse 5.2.1988).

Am 8.4.1988 teilt Vizekanzler Dr. Mock in einer Presseaussendung mit, daß "ein Beitrittsansuchen Österreichs vom internationalen Umfeld und von der Entschlußkraft der österreichischen Bundesregierung abhängt."

Steuerreform

Die Regierungserklärung der großen Koalition sieht als Ziel der Steuerreform vor, "unser Steuersystem einfacher und gerechter zu machen". Darüber

- 3 -

hinaus soll "das neu zu gestaltende Steuersystem bürgerfreundlicher" werden und die Gebühren sollen "vereinheitlicht und die Bagatellsteuern überprüft" werden.

Die kommende sogenannte "Steuerreform 1989" ist aber nur eine Tarifreform, welche überdies die Familien und die Klein- und Mittelbetriebe wesentlich benachteiligt.

Pensionsreform

Keinerlei Klarheit herrscht auch hinsichtlich der Pensionsreform. Anstelle ein umfassendes Konzept zur Sicherung der Pensionen und zur Reduktion der aufgeblähten Verwaltungsorganisation der Sozialversicherungsträger vorzulegen, wurden seitens der Koalition bisher lediglich Leistungsansprüche (einschließlich der Pensionsdynamik) gekürzt und die Bevölkerung durch die ständige Ankündigung neuer punktueller Maßnahmen (wie z. B. Pensionsaltererhöhung) verunsichert.

Aber auch in Einzelfragen herrscht völlige Uneinigkeit, und zwar sowohl zwischen den Koalitions"partnern" als auch innerhalb der Bundesregierung. Während gemäß der Regierungserklärung die Bundesregierung gesetzliche Maßnahmen anstrebt, die einen gleitenden Übergang in die Pension ermöglichen, erfolgt in der Pressestunde vom 10.4.1988 eine "Absage Dallingers an das 'Gleiten in die Pension'" (Presse vom 11.4.1988).

Nach Aufhebung der Ruhensbestimmungen für den öffentlichen Dienst durch den Verfassungsgerichtshof erklärt Bundeskanzler Vranitzky am 5.4. nach dem Ministerrat auf die Frage, ob man die Ruhensbestimmungen nunmehr - ähnlich wie dies bereits in anderen Fällen geschehen sei - durch ein Verfassungsgesetz mit Zweidrittelmehrheit dem Zugriff des Verfassungsgerichtshofes entziehen wolle, daß er sich "einem solchen Vorschlag nicht anschließen würde, denn die Verfassung ist eines der höchsten, wenn nicht das höchste Gut im Staat und wenn Verfassungsrichter der Meinung sind, daß Gesetze der Verfassung nicht entsprechen, dann kann man es sich nicht wirklich zum Prinzip machen, deshalb die Verfassung zu ändern oder anzupassen". Wenige Tage später tritt Bundesminister Dallinger in der Fernsehpresserstunde für die Regelung der Ruhensbestimmungen in einem gemeinsamen Gesetz - das schon allein aus kompetenzrechtlichen Gründen im

- 4 -

Verfassungsrang stehen müßte - ein.

Budgetsanierung

Die Regierungserklärung der großen Koalition sieht zur Budgetsanierung vor, daß "die Bundesregierung die angestrebte Konsolidierung des Bundeshaushaltes primär von der Ausgabenseite her in Angriff nehmen" wird. Denn auch in der Regierungserklärung kommt man zur Erkenntnis, daß eine einnahmenseitige Konsolidierung zu einer Steuerbelastung führen müßte, "die der österreichischen Bevölkerung nicht zugemutet werden kann und auch wirtschaftspolitisch nicht zweckmäßig wäre."

Demgegenüber beträgt das Ausgabenwachstum im Budget 1988 aber immerhin 5 %, während das Wirtschaftswachstum heuer nur etwa 3,6 % ausmachen wird. Das Einnahmenwachstum im Bundesvoranschlag 1988 beträgt sogar 6,8 %. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß das Ausgabenwachstum im heurigen Budget immer noch viel stärker als das Wirtschaftswachstum ist, und die "Budgetsanierung" bisher überwiegend einnahmenseitig stattgefunden hat.

Privatisierung

Die bisherigen "Privatisierungen" der Bundesregierung waren bloße Geldbeschaffungsaktionen zur Budgetsanierung, teilweise wurde sogar lediglich das Eigentumsrecht von einer Gebietskörperschaft zur anderen umgeschichtet. Diese "Privatisierungen" fanden immer nur bis maximal 49 % des Grundkapitals statt, wodurch die Verfügungsgewalt stets in der Hand des Staates blieb. Statt der erforderlichen Nutzbarmachung der Privatinitiative erfolgte im Gegenteil eine Verstaatlichung privaten Kapitals.

Landwirtschaft

Die Meisterleistung der großkoalitionären Agrarpolitik besteht darin, Bauern, Konsumenten und Steuerzahlern immer höhere Stützungserfordernisse für verlustreiche Exportgeschäfte aufzuerlegen, während die Bauern schon längst Milchverzicht in gigantischem Umfang leisten und von Getreide- auf Alternativproduktion umstellen.

- 5 -

Auch von der immer dringlicher werdenden Vorbereitung der österreichischen Landwirtschaft auf eine aktive Teilnahme an der EG unter Beibehaltung ihrer besonderen Rolle als Landschaftsbewahrer ist nichts zu bemerken.

Waldsterben

Während Österreichs Wald stirbt, veranstaltet die Bundesregierung die "Woche des Waldes". Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie fordern strengere Luftreinhaltungsbestimmungen, nachdem sie dem umstrittenen Entwurf des Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten ihre Zustimmung im Ministerrat erteilt haben. Ein Forschungsvorhaben jagt das andere, doch nicht einmal im Forstgesetz wird der Immissionsschutz für den Wald konkretisiert.

Waffenexporte

Durch die lange Untätigkeit der Regierung, die nicht bereit ist, durch eine Änderung des Kriegsmaterialgesetzes und eine eindeutige Aussage in bezug auf die eventuelle Privatisierung der betroffenen Betriebe, klare Verhältnisse zu schaffen, mußten im Bereich der Wehrindustrie bereits zahlreiche Kündigungen hingenommen werden und sind weitere tausend Arbeitsplätze in der österreichischen Wirtschaft akut gefährdet.

Landesverteidigung

Selbst in der Frage der österreichischen Landesverteidigung ist sich die Bundesregierung nicht einig. Obwohl der österreichische Nationalrat am 10. Juni 1975 nach mehrjährigen und eingehenden Beratungen die Verankerung der umfassenden Landesverteidigung in der Bundesverfassung einstimmig beschlossen hat und Österreich sich durch seinen besonderen völkerrechtlichen Status als immerwährend neutraler Staat zur aktiven Landesverteidigung verpflichtete, hat sich nun Bundesminister Dallinger für eine

- 6 -

Abschaffung der militärischen Landesverteidigung ausgesprochen und stellt somit eine der Grundsäulen des österreichischen Staates, zu der sich alle Parteien bekennen, in Frage.

Klein- und Mittelbetriebe

Sowohl im Arbeitsübereinkommen als auch in Ihrer Regierungserklärung kündigen die Koalitionsparteien Maßnahmen zur Stärkung der kleineren und mittleren Betriebe als einen Ihrer wirtschaftspolitischen Schwerpunkte an, insbesondere eine Initiative in der Frage der Ladenschlußzeiten. In der Frage der Ladenschlußzeiten konnten sie weder durch Gespräche mit den Sozialpartnern etwas erreichen, noch konnte der Bundeskanzler seine Ressortleiter Bundesminister Dallinger und Bundesminister Graf dazu bringen, eine Entscheidung herbeizuführen. Ein neues Kartellgesetz und ein Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis wird zwar im Arbeitsübereinkommen versprochen, zustandegekommen ist jedoch auch in diesen Fragen bisher nichts.

ÖBB

Der Vorstand der ÖBB hat ein Konzept "Neue Bahn" vorgelegt, welches eine Investitionssumme von -zig Milliarden Schilling bis ins nächste Jahrtausend vorsieht. Diese Investition wird aber nur rentabel sein, wenn gleichzeitig bei den ÖBB Rationalisierungen und Einsparungen vor allem beim Personalaufwand erreicht werden. Das Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien sieht daher auch eine "Reduktion des Personalaufwandes einschließlich einer schrittweisen Anpassung sozial-rechtlicher Sonderregelungen an die übrigen Bundesbediensteten" vor. Davon ist aber bis jetzt nichts zu bemerken.

Aus all diesen Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

- 7 -

A n f r a g e :

EG

1. Wann wird die Regierung Verhandlungen mit der EG mit dem Ziel des ehestmöglichen Beitritts Österreichs aufnehmen?

Steuerreform

2. Wann wird die Bundesregierung unser Steuersystem durch die Einführung des "Familien-Splitting" familiengerechter machen?
3. Wird die Bundesregierung durch die Einführung der Entnahmebesteuerung auch für Personengesellschaften, die ab 1.1.1989 drohende Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe noch rechtzeitig abwenden?

Pensionsreform

4. Bis wann wird die Bundesregierung ein umfassendes Pensionskonzept vorlegen?
5. Strebt die Bundesregierung nach wie vor gesetzliche Maßnahmen zur Ermöglichung eines gleitenden Überganges in die Pension an?
6. Besteht die Absicht, Ruhensbestimmungen unabhängig von der geltenden Kompetenzlage generell in einem Gesetz, also im Verfassungsrange, zu regeln?

Budgetsanierung

7. Wann wird die in der Regierungserklärung versprochene ausgabenseitige Budgetsanierung tatsächlich in Angriff genommen und wie hoch ist insbesondere das Ausgabenwachstum im Budget 1989 geplant?

Privatisierung

8. Wann wird die Bundesregierung eine mehrheitliche Privatisierung der verstaatlichten Banken, der Austria Tabakwerke sowie der AUA in Angriff nehmen?

Landwirtschaft

9. Was unternimmt die Bundesregierung, um den Landwirten ihre Existenzgrundlage zu sichern?

- 8 -

10. Was unternimmt die Bundesregierung, um Österreichs Landwirtschaft gezielt auf eine aktive Teilnahme an der EG vorzubereiten?
11. Was hat die Bundesregierung bisher gegen die ständig steigenden finanziellen Erfordernisse der Agrarbürokratie zu Lasten der Bauern, Konsumenten und Steuerzahler unternommen?

Waldsterben

12. Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung zum effektiven Schutz des geschädigten Waldes ergreifen?

Waffenexporte

13. Werden Sie für eine Novelle zum Kriegsmaterialgesetz eintreten, welche Betrieben der österreichischen Wehrindustrie den Absatz und Export ihrer Produkte erleichtert?

Landesverteidigung

14. Wie stehen Sie als Bundeskanzler dazu, daß sich ein Mitglied der Bundesregierung eindeutig gegen das österreichische Bundesheer ausspricht?

Klein- und Mittelbetriebe

15. Wie stehen die Verhandlungen zur Frage der Ladenöffnungszeiten, zum neuen Kartellgesetz, zum Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis und bis wann ist mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen?

ÖBB

16. Wann wird die Bundesregierung ein ÖBB-Rationalisierungskonzept vorlegen? Wird darin insbesondere eine Angleichung der pensionsrechtlichen Bestimmungen der Eisenbahner an die ASVG-Regelungen enthalten sein?